

Landesverband Hamburg

Nr. 48/2016 vom 01. Dezember 2016

Die Gewalt an Schulen steigt und der Senat verschleiert es!

Die Bürgerschaftsabgeordnete Karin Prien hatte eine Studie der Lehrgewerkschaft VBE zu Anlass genommen, nach der Entwicklung der Gewalt gegen Lehrkräfte zu fragen. Der Senat antwortete mit Zahlen nur aus dem Schuljahr 2015/16 und nur mit Zahlen zur schweren Körperverletzung. Der Senat verschweigt in seiner Antwort die Gewalttaten aus dem Schuljahr 2013/14 und damit eine starke Veränderung. Im Schuljahr 2013/14 gab es vier schwere Körperverletzungstaten gegen schulische Beschäftigte, im letzten Schuljahr 30! Die schwere Körperverletzung stellt nur eine der unterscheidbaren Gewalttaten dar, so dass durch die ausschließliche Wiedergabe nur dieser Zahlen das wahre Ausmaß verschleiert wird.

Dies geschieht nicht nur bei der Gewalt gegen die schulischen Beschäftigten, sondern insgesamt. Zunächst berichtete der Senat über die Gesamtzahl der Gewalttaten. Für die Schuljahre 2012/13 und 2013/14 berichtete der Senat sowohl die Gesamtzahl der Gewalttaten, als auch die Aufteilung auf bis zu 16 unterschiedliche Arten der Gewalt in zwei Kategorien. Im Gewaltmonitoring für das Schuljahr 2015/16 wurden nur noch vier Arten der Gewalt unterschieden. Dabei ist aber festzustellen, dass die Zahl der Gewalttaten an den Schulen zugenommen haben, von 507 im Schuljahr 2009/10 auf 1908 im Schuljahr 2013/14 und 1888 im Schuljahr 2014/15. Für das Schuljahr 2015/16 hat der Senat keine Gesamtzahl der Gewalttaten mehr angegeben, aus den Daten ergeben sich 195. Diese Zahl gibt die Realität aber nicht wider.

Aus anderen Zahlen wird demgegenüber eine weitere Ausweitung der Gewalt deutlich. Von 2012/13 bis 2015/16 stiegen allein die Gewaltvorfälle zur schweren Körperverletzung von 49 über 89 auf 167 Fälle an.

Abgeordnete von FDP und CDU waren auf die immer weitergehende Einschränkung des Berichtsumfangs aufmerksam geworden und hatten Anträge in der Bürgerschaft gestellt. Trotzdem wurde weiter eingeschränkt geantwortet.

„Diese Einschränkung ist weder aus Sicht der SchülerInnen und Eltern, noch aus Sicht der Beschäftigten hinzunehmen. Die steigende Gewalt hat Ursachen, von denen der Senat ablenken will. Studien wie z. B. von Tanja Pröhl oder auch der britischen Gewerkschaft UNISON über die USA und andere Staaten zeigen: eine unterfinanzierte Schule ist eine gewalttätige Schule. Durch die veränderte Berichtspraxis will der Senat davon ablenken. Die Lernenden und die Beschäftigten müssen vor Gewalt geschützt werden. Wir fordern den Senat auf, dieses sicherzustellen“, kommentiert **Anja Bensinger-Stolze**, Vorsitzende der GEW Hamburg.

Rückfragen: Roland Kasprzak, Vorsitzender Gesamtpersonalrat Schulen, 0173 – 425 38 36 oder Anja Bensinger-Stolze, Vorsitzende der GEW Hamburg, 040 – 41 46 33 – 0